

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

34. Jahrgang / 247 / 28. Dezember 1979

Dieter Haack, Bundes-  
bauminister, spricht  
sich für neue Initiati-  
ven zur Einsparung von  
Heizkosten aus.

Seite 1-3

Wilhelm Nölling, Hambur-  
ger Finanzsenator, analy-  
siert die Zielkonflikte  
in der Energiepolitik.

Seite 4/5

Karsten Voigt MdB wür-  
digt das Wirken von  
Rudi Dutschke.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Energiepolitik braucht neue Instrumente

Bundesrats-Mehrheit gefährdet in die Zukunft weisende  
Lösungen

Von Dr. Dieter Haack MdB  
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Entwicklungen der letzten Wochen im Iran und in Saudi-Arabien haben uns die Risiken energiepolitischer Abhängigkeit deutlich vor Augen geführt. Auch wenn die Versorgung kurzfristig gesichert ist, müssen wir unsere Politik der Energieeinsparung und des Ersatzes von Heizöl durch andere Energieträger verstärkt und mit neuen Instrumenten fortsetzen.

Ein wesentlicher Baustein im Programm der Bundesregierung zur Einsparung von Heizenergie ist das 1. Gesetz zur Änderung des Energieeinsparungsgesetzes, das gegenwärtig in den zuständigen Bundestagsausschüssen beraten wird. Während wir bisher nur energiesparende Anforderungen an Neubauten gestellt und im Gebäudebestand Anreize für energiesparende Investitionen mit Hilfe des 4,35-Milliarden-DM-Förderprogramms sowie einer steuerlichen Ergänzung geschaffen haben, schlagen wir nun gesetzliche Ermächtigungen für zwei neue Maßnahmen vor: Wir wollen auch für bestehende Gebäude und bestehende heizungstechnische Anlagen Anforderungen an den Wärmeschutz stellen können. Und wir wollen die verbrauchsabhängige Abrechnung von Heizkosten auch für nicht preisgebundene Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und gewerblich genutzte Räume mit mehreren Wirtschaftseinheiten einführen. Eine Ausdehnung von beschränkten - dies ist ausdrücklich zu betonen - energiesparenden Anforderungen auf den Gebäudebestand ist aus zwei Gründen erforderlich:

1. Die Vorschriften über energiesparende Anforderungen an Neubauten erfassen jährlich nur ca. 400.000 Wohneinheiten. Das

